

in verschiedenen Formen der Katechese und der Vorbereitung auf die Sakramente erbringen, aber der Priester behält darin seine spezifische Verantwortung: von ihm verlangt man ganz besonders das Wort Gottes (vgl. Dekret Presbyterorum ordinis, N. 4), und er bleibt, in gewissen Fällen mit dem Diakon, der ordentliche Spender der Sakramente.

In diesem Sinne muß schließlich der Priester die notwendige *Autonomie* in seinem Amt genießen. Er ist nicht Delegierter der Gemeinde: er ist zu ihr gesandt. Der Gehorsam seinem Bischof gegenüber, das Zeugnis eines einfachen und armen Lebens, sein Zölibat helfen seine besondere Beziehung zu Christus und zur Gemeinschaft unterstreichen.

Liebe Freunde, die Treue zu unserer wundervollen Berufung stellt uns in eine Fülle der *Freude*, die nichts trüben soll, und die niemand uns nehmen kann. Ich wünsche euch diese vollkommene Freude, die denen verheißen ist, die dem Herrn nachfolgen. Und ich wünsche, daß sie durch euch ausstrahlt auf das Antlitz der kirchlichen Gemeinschaft. Möge Unsere Liebe Frau, „causa nostrae laetitiae“, euch in der Freude erhalten!

11. Zum Schluß habe ich noch *eine Frage für euch*. Sie knüpft an beim wesentlich universellen Charakter eurer priesterlichen Sendung. Mit seinem Bischof und unter dessen Führung übernimmt der Priester eine unmittelbare

Verantwortung in der Ortskirche und eine mittelbare für die Gesamtkirche. Das gilt übrigens für jeden Christen. Die Kirche lebt in einer Epoche des *Kampfes für die Gerechtigkeit* und für den Frieden in der heutigen Welt, und sie versucht, ihrer Wesensart gemäß daran Anteil zu nehmen.

Wie in ihren Anfängen und später zu verschiedenen Zeiten ihrer Geschichte ist die Kirche unserer Zeit wieder eine Kirche der Martyrer. Unter diesen sind Laien, auch Bischöfe und Priester, die auf mannigfaltige Weise „um des Namens Jesu willen Schmach leiden“ (vgl. Apg 5, 41). Sie leiden wegen ihrer Treue zum Priestertum, wegen ihres in Wahrheit und Liebe geleisteten Hirtendienstes.

Liebe Freunde, vereint euch mit diesen Brüdern. Seid solidarisch mit ihnen. Ihr Zeugnis hilft euch, unter anderem im rechten Maß die Anforderungen des Priestertums an jeden von uns zu würdigen, die wir hier in Ländern leben, in denen grundsätzlich die Religionsfreiheit besteht.

Das Zeugnis dieser Brüder, von denen ich sprach, zeigt, wie weit *die Liebe zu Christus, zur Kirche und zu den unsterblichen Seelen* gehen kann!

Lernen wir diese Liebe! Lernen wir sie in Demut, jeden Tag! Von dieser Liebe her wird die Kirche erstarken.

Im Heiligtum von Einsiedeln bitte ich die Mutter Christi, *die Kirche in der Schweiz möge wachsen*. Und sie möge fort-schreiten dank *einer solchen Liebe!*

Kurzinformationen

Im Vorblick auf die im August stattfindende Weltbevölkerungskonferenz hat Johannes Paul II. zum Bevölkerungsproblem Stellung genommen. In seiner Ansprache anlässlich einer Audienz für den Generalsekretär der von der UNO veranstalteten Konferenz, *Rafael M. Salas*, (vgl. den Text in *Osservatore Romano*, 8. 6. 84) wies der Papst darauf hin, daß Bevölkerungspolitik die Menschen nicht nur als bloße Nummern betrachten dürfe, sondern *Würde und Grundrechte des Menschen* achten müsse. Die Kirche stehe gegen Pessimismus und Selbstbezogenheit auf der Seite des Lebens und setze sich für größere Anstrengungen zur Verbesserung lebensbedrohender Situationen ein. Johannes Paul II. übte *scharfe Kritik* an Programmen zur Empfängnisverhütung: Solche Programme hätten sexuelle Permissivität und unverantwortliches Verhalten gefördert. Der eigentliche Sinn von verantwortlicher Elternschaft und Familienplanung sei durch die Verteilung von Verhütungsmitteln an Heranwachsende ausgehöhlt worden. Oft hätten Programme zur Empfängnisverhütung Sterilisation und Abtreibung den Weg bereitet. Der Papst bekräftigte die Bedeutung der *Familie* und meinte, die Unsicherheit in bezug auf die Zukunft solle nicht die Hoffnung auf Kinder und die Freude an ihnen vermindern: „Wir müssen gegenwärtig noch stärker als je zuvor unsere Überzeugung vom Wert des Kindes bekräftigen.“ Die Entscheidung der Eltern über die Zahl ihrer Kinder müsse auf der Grundlage der moralisch annehmbaren Methoden erfolgen, über die zu urteilen Recht und Pflicht der Kirche sei. Die Kirche bestehe darauf, daß die *Bedürfnisse der Familien* bei Entwicklungsstrategien mit Vorrang zu berücksichtigen seien; die Familien sollten dazu ermutigt werden, Verantwortung in einer sich verändernden Gesellschaft zu übernehmen.

Das vatikanische Sekretariat für die Nichtchristen hat ein Dokument zum Verhältnis von Mission und Dialog erarbeitet. Das an Pfingsten veröffentlichte Dokument (vgl. den Text in *Osservatore Romano*, 11./12. 6. 84) stützt sich weithin auf die einschlägigen Aussagen des Zweiten Vatikanums und ihrer Fortschreibung in neueren lehramtlichen Texten. Mission, so das Dokument, stelle sich im Bewußtsein der Kirche als ein *einheitliches*, gleichzeitig aber *komplexes* und *gegliedertes* Phänomen dar. Zur Mission gehören demnach das schlichte Zeugnis des christlichen Lebens, der Dienst an den Menschen, Liturgie und Gebet wie auch der Dialog. Je nach den besonderen Bedingungen der einzelnen Ortskirchen und den Lebensumständen der Christen könne einer dieser Aspekte in den Vordergrund treten. Die *Bedeutung des Dialogs* wird damit begründet, daß die christliche Mission nie von der Liebe und von der Achtung der menschlichen Freiheit absehen könne. Die Kirche öffne sich dem Dialog aus Treue zum Menschen, aber auch aus ihrem Glauben heraus. Der Dialog sei vor allem ein Stil des Handelns, eine Haltung, die den Umgang miteinander bestimme. Als weitere Ebene des Dialogs nennt das Dokument die Zusammenarbeit im sozialen Bereich, bei der es um die Befreiung und Förderung des Menschen gehe. Genannt wird ebenfalls der Dialog der Experten und der gegenseitige Austausch geistlicher Erfahrungen in Gebet und Kontemplation. Zum Verhältnis von Mission und Dialog hält das Sekretariat für die Nichtchristen fest, die missionarische Verkündigung ziele letztlich auf *Bekehrung*. Im Kontext des Dialogs zwischen Angehörigen verschiedener Religionen müsse man notwendigerweise über den geistlichen Weg der Bekehrung nachdenken.

Auch für die katholisch-theologischen Fakultäten in Österreich ist jetzt ein Dekret der Bildungskongregation zur Anpassung und Anwendung von „Sapientia Christiana“ erlassen worden. Das vom 1. November datierte Dekret wurde im Amtsblatt der Österreichischen Bischofskonferenz vom 1. Juni veröffentlicht. Das entsprechende Dekret für die Katholisch-Theologischen Fakultäten in der Bundesrepublik war schon im Sommer 1983 veröffentlicht worden (vgl. HK, August 1983, 344–345). Abgesehen von den Stellen, wo auf das österreichische Konkordat bzw. auf Normen der Österreichischen Bischofskonferenz verwiesen wird, ist das österreichische Dekret fast wortgleich mit dem deutschen. So muß in Zukunft auch in Österreich der zuständige Bischof vor Erteilung des „Nihil obstat“ für Lebenszeitprofessoren das römische „Nihil obstat“ einholen. In Nr. 14 wird wie im deutschen Dekret festgehalten, der Ortsordinarius solle seine Zustimmung zu Studien- und Prüfungsordnungen „erst nach vorheriger Einholung des Urteils des Apostolischen Stuhls“ erteilen. Auch in Österreich muß jede theologische Fakultät jetzt durch den Ortsordinarius dem Heiligen Stuhl ein Dokument vorlegen, „aus dem hervorgeht, wie sie die Normen der Apostolischen Konstitution ‚Sapientia Christiana‘ und der ihr beigefügten ‚Ordinationes‘ unter Beachtung der Bestimmungen dieses Dekrets verwirklicht“. Nur ein Passus im deutschen Dekret hat im österreichischen keine Entsprechung: Als Nr. 20 findet sich im Dekret über die Katholisch-Theologischen Fakultäten in der Bundesrepublik die Bestimmung: „Weil der akademische Grad [gemeint ist das theologische Doktorat] kanonische Wirkungen hat, wird von jedem Bewerber ein Zeugnis des eigenen Ordinarius über Glaube und sittliche Haltung gefordert.“ Diese Bestimmung fehlt im österreichischen Dekret.

In Lyon trafen sich über Pfingsten etwa 2000 französische Katholiken zu einem „Forum der christlichen Gemeinschaften“. Diese Veranstaltung, die erste ihrer Art in der französischen Kirche, war auf Initiative der „Vereinigung katholischer Werke in Frankreich“ (U. O. C. F.) zustande gekommen. Zwischen Oktober 1983 und März 1984 hatten zur Vorbereitung vier regionale Treffen in Cahors, Le Mans, Amiens und Nancy stattgefunden. Zweck des Forums in Lyon sollte es sein, Verantwortliche aus den verschiedenen pastoralen Arbeitsfeldern und Strukturen (Pfarreien, Bewegungen, Gruppen) zusammenzuführen, um den Austausch von Gedanken und Erfahrungen zu befördern. Vertreten waren sowohl Pfarrgemeinderäte wie Basis- und Gebetsgruppen, Mitarbeiter in der Katechese wie Christen aus den verschiedenen Bewegungen der Katholischen Aktion. Themenschwerpunkte des auch von etlichen Bischöfen besuchten Treffens waren u. a. die Mitverantwortung in der Kirche, die Stellung der Frauen, Fragen der Pfarrestruktur und des politischen Engagements. In Erfahrungsberichten ging es um die Arbeit der Kirche in ländlichen Regionen, an der Schule, in Gebetsgruppen. In einem Vorauskommentar zum Forum hatte es in „La Croix“ (9. 6. 84) geheißt, die französische Kirche gleiche gegenwärtig einer riesigen Baustelle; es finde eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Priestern und Laien statt.

„Beichte eines jungen Bischofs“ nannte der Erzbischof von Mailand, Kardinal Carlo Maria Martini, einen Vortrag, den er aus Anlaß einer Sitzung von Vorstand und Kuratorium der Stiftung „Vetus Latina“ in Beuron hielt. Kardinal Martini berichtete von den Erfahrungen, die er seit seiner Ernennung zum Erzbischof von Mailand an der Spitze seiner Diözese gemacht hat und charakterisierte die Anforderungen, die einem Bischof einer großen

Diözese gestellt sind, von den Überforderungen, denen er täglich ausgesetzt ist, und von den Eigenschaften, die einem Bischof helfen, mit einer sozial und kirchlich schwierigen Situation zurechtzukommen. Er sprach von seinen früheren Erfahrungen als Professor an der Päpstlichen Universität Gregoriana – der Kardinal ist Exeget von internationalem Ruf – und stellt der „Welt der Universität“ die ganz anderen Voraussetzungen einer Diözese gegenüber: kosmopolitisch einer bestimmten Kultur verpflichtetes Milieu dort, kulturell und geographisch hier umgrenztes Territorium mit allen Schwierigkeiten einer sozial und kulturell sehr differenziert geschichteten Bevölkerung. Unter den Aufgaben des Bischofs haben für ihn drei Vorrang: 1. Der Umgang mit den Priestern. Zwei Tage in der Woche behalte er sich für Gespräche und Begegnungen mit Priestern an seinem Sitz in Mailand und an verschiedenen Orten der Diözese vor. 2. Die Mitsorge für die sozial Schwachen. Hier gelte es jeweils vor allem Sensibilität zu entwickeln für die stets sich wandelnden Verhältnisse und die damit je neu auftauchenden Notsituationen. Als eine kulturelle wie soziale Notsituation sprach Martini dabei die massive Zuwanderung in die Grenzen seiner Diözese aus dem italienischen Süden an. 3. Das Wahrnehmen von Trägern neuer Fermente. Die Gesellschaft, so Martini sei keine „anonyme Masse“, es gäbe identifizierbare Träger von Veränderung und Zeichen des Wandels, absterbende und aufsteigende Sektoren des sozialen Lebens. Auch auf diesem Feld gelte es, Intuition und Sensibilität zu entwickeln.

Der chilenische Bischof Carlos Gonzalez von Talca hat Richtlinien für einen „christlichen Umgang“ mit der Regierung Pinochet gegeben. Sie enthalten eine scharfe Regimekritik und die Aufforderung an die Kirche, sich weniger auf ihren vorhandenen gesellschaftlichen Einfluß zu stützen als auf ihre moralischen Kräfte. In einem Schreiben „an alle in der Seelsorge Tätigen“ zählt der Bischof Fakten auf, die das Verhältnis zum Staat nachhaltig belasteten. So habe es in letzter Zeit erneut Verleumdungskampagnen gegen Bischöfe und Priester gegeben, in denen diese als Marxisten und Aufwiegler hingestellt oder aber persönlich verunglimpft werden. Seit dem Nationalen Protesttag vom 27. März nähmen die Folterungen zu; zu langen Verhören und unter Schlägen seien Demonstranten nach „Aktivität und Denkweise“ von Priestern und Diakonen gefragt worden. Im kirchlichen Leben aktiver Christen sei nahegelegt worden, ihre Mitarbeit einzustellen, wenn sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren wollten. Wiederholt hätten die Behörden religiöse Veranstaltungen an öffentlichen Plätzen mit dem Hinweis abgelehnt, man solle der Kirche die Arbeit nicht auch noch erleichtern. Zudem versuchten einige Presseorgane, Mißtrauen zwischen kirchlicher Hierarchie und Kirchenvolk zu säen. Hinter diesen sporadisch auftretenden Störmanövern sieht der chilenische Bischof ein System, dessen Verständnis auf kirchlicher Seite noch unzureichend sei. So gehe es nicht einfach darum, das Regime zu verurteilen. Vielmehr gilt es zu berücksichtigen, daß Kirche und Regierung auf ein unterschiedliches Verständnis des Menschen, seiner Rechte und seiner Würde zurückgreifen. Die christliche Verpflichtung zu einem friedlichen Miteinander setzten die Militärs die Überzeugung entgegen, der „kriegerische Instinkt gehöre zum innersten Wesen des Menschen“. Feinden verzeihe man nicht, die bekämpfe und vernichte man. Während es der Kirche um den ganzen Menschen gehe, wolle das Regime sie auf „geistliche“ Traditionen reduziert sehen. Staatliche Autorität stehe für die Kirche im Dienst des Gemeinwohls, während die Regierung im Namen der Sicherheit Recht und Freiheit der Bürger spürbar einschränke.